

Mensa-Essen: Caterer bleibt, Stadt zahlt

ELMSHORN Die Stadt Elms-
horn ist in der Corona-Krise
bereit, Defizite des Unter-
nehmens Campus Catering
für den Mensa-Betrieb an
fünf Schulen zu überneh-
men. Das hat der Schulaus-
schuss am Mittwochabend
mit hauchdünner Mehrheit
entschieden. Der maximale
Defizitausgleich liegt bei
140 000 Euro. Damit steht
fest, dass der Caterer bleibt.
Ohne finanzielle Unterstüt-
zung wollte er den Betrieb
einstellen.

Mensa-Streit: Fronten bleiben verhärtet

Campus Catering macht weiter / Stadt übernimmt Defizit von maximal 140 000 Euro

Von Christian Brameshuber

ELMSHORN Im Elmshorner Mensa-Streit waren die Fronten schon vor der entscheidenden Sitzung des Schulausschusses am Mittwochabend klar abgesteckt. SPD, Grüne und Linke wollten mit dem bisherigen Caterer Campus Catering aus Norderstedt weitermachen. CDU und FDP präferierten eine andere Lösung.

8:7 – es kam wie erwartet. Der Caterer macht weiter. Und die Stadt ist bereit, in Corona-Zeiten Defizite aus dem Betrieb der Mensen an den fünf weiterführenden Schulen auszugleichen. Maximal bis zu 140 000 Euro bis zum Ende des Schuljahres 2020/2021.

Diese finanzielle Unterstützung hatten die Campus-Geschäftsführer von der Stadt eingefordert, ansonsten ganz offen damit gedroht, den Betrieb der Mensen – wie berichtet – sofort einzustellen.

Wichtig für SPD-Fraktionschef Arne Klaus: „Unser gemeinsames Ziel ist es, dass die Zahl der verkauften Essen wieder steigt.“ Deshalb wurde beschlossen, dass ein Coaching-Prozess mit Verantwortlichen initiiert wird, um Lösungen zu finden. Alle sollen an einen Tisch – auch Schüler und Eltern. „Der Caterer ist bereit, an dem Prozess konstruktiv mitzuwirken“, sagte Stadtrat Dirk Moritz. Eines bestritt niemand: Es gibt Probleme in der Mittagsverpflegung an den Schulen, mal größere, mal kleinere.



Mensaessen soll heutzutage auch gesund sein.

FOTO: MICHAEL GRÜNDEL

Pascal Mangels (FDP) ließ an dem Caterer kaum ein gutes Haar: „Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit ist nicht mehr möglich. Der Caterer hat gar kein Interesse an dem Standort Elmshorn und er unternimmt auch keine Anstrengungen, um das Defizit klein zu halten.“ Es sei fahrlässig, das Geld der Bürger so rauszuhauen. Seine Forderung nach einer Neuausschreibung der Mensaverpflegung für alle fünf Schulen fand keine Mehrheit.

Die CDU hielt es für die beste Lösung, eine individuelle Versorgung durch Gastro-Betriebe zu gewährleisten. „Wir brauchen nicht ein Konzept und einen Betreiber für alle fünf Schulen“, sagte Henning

Martens. Alle Fraktionen waren sich darin einig, die Mittagsverpflegung an den Schulen auch in Zukunft zu gewährleisten.

Silke Pahl von den Grünen betonte in der aktuellen Situa-

„Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit ist nicht mehr möglich.“

Pascal Mangels
FDP

tion die Versorgungssicherheit, die garantiert werden müsse. Es gelte jetzt, Brücken zu bauen zwischen Caterer und Schulen.

Eine Stimme mehr für den Caterer: Der von SPD, Grünen und Linken erarbeitete Kom-

promissvorschlag drohte nur für einen kurzen Moment ins Wanken zu geraten, als die Schulleiter schilderten, wie sich die Situation vor Ort für sie darstelle und wie wenig Anstrengungen der Caterer in den vergangenen 14 Tagen unternommen habe, um wieder warmes Mittagessen anzubieten (siehe Text unten). „Das ist erschreckend, dass er nicht tätig geworden ist“, betonte Vanessa Mangels von der SPD. Deshalb falle es ihr schwer, den gemeinsamen Antrag zu unterstützen. Doch am Ende stimmte sie auch für Campus Catering. „Das Unternehmen ist durch Corona in diese Schieflage geraten. Deshalb gibt es den Defizit ausgleich.“

KOMMENTAR

Problem nicht gelöst

Dieses Virus ist gnadenlos. Es deckt auch auf, was schief läuft in der Gesellschaft. Im Großen, wie beim Fleischriesen Tönnies, oder im Kleinen, wie an den Elmshorner Mensen. Denn dass der Wurm da ganz tief drin steckt, hat Corona nur offen gelegt. Da läuft eine ganze Menge schief – und dazu trägt auch der Caterer seinen Teil bei. In Wedel ist es gelungen, ganz schnell einen neuen Caterer für eine Schule zu finden. Elmshorn geht einen anderen Weg, den sicheren Weg. Das Problem ist damit aber nicht gelöst – und es könnte noch viel größer werden. Mit der Rückkehr zu G9 an den beiden Gymnasien sind selbst bei den Klassenstufen 5 bis 9 rückläufige Essenszahlen zu erwarten. Und die sind schon niedrig. Die Älteren erreicht man mit dem Mensa-Menü kaum noch. Die Stadt sollte über neue Konzepte nachdenken, nach individuellen Lösungen für die Schulen suchen. Wichtig: Es muss nicht immer und überall das warme Essen in drei Varianten sein. Noch wichtiger: Die Schüler und die Schulen, nicht Politiker, sollten entscheiden, was an ihren Schulen angeboten wird.



Christian Brameshuber
Redakteur

brh@a-beig.de

Schulen üben viel Kritik am Caterer

ELMSHORN Natürlich waren die Rektoren der fünf weiterführenden Schulen da – und was sie zur Zusammenarbeit mit Campus Catering vortrugen, kam für viele Politiker überraschend. Es hagelte nur so Kritik am Caterer, auch von Elternseite.

Dabei fing alles gut an, mit **Maren Schramm** (Foto), Schulleiterin an der Anne-Frank-

Gemeinschaftsschule: „Wir sind zufrieden mit dem Caterer. Wir wollen nicht wechseln. Der Kontakt ist gut.“ In dem Moment ahnte niemand, dass das an diesem

Abend eher eine Einzelmeinung bleibt.

Andreas Weßling (Foto), Direktor an der KGSE, erklärte, dass es nur „wenig Impulse“ des Caterers gegeben habe, um wieder warmes Essen anzubieten. Er sprach von „Kommunikationsproblemen“. Dabei hatte die Schule Plätze zum Mittagessen für einzelne Kohorten organisiert. „Das hat aber nicht zu warmen Essen geführt.“ Ein KGSE-Elternvertreter betonte, dass aber 400 warme Essen für die Grundschulen vom Caterer gekocht würden.



Kevin Amberg (Foto), Schulleiter an der Elsa-Brändström-Schule, bezeichnete den Caterer als „sehr unflexibel“, das Snackangebot als „einseitig“. Der Bedarf für ein warmes Mittagessen sei da. „Vom Caterer hat es aber kein Angebot und kein Signal gegeben.“ Eine Vertreterin des EBS-Schulelternbeirats erklärte, dass die angebotenen Snacks minderwertig seien. „Das ist nicht tragbar.“ Der Caterer sei auch nicht bereit an der EBS zu kochen, obwohl dort die meisten Mittagessen verkauft würden.



Christian Fuchs, Schulleiter an der Boje-C.-Steffen Gemeinschaftsschule, betonte, dass es keine Impulse von Seiten des Caterers gegeben habe. „Das Warenangebot wird stetig eingeschränkt“, berichtete Fuchs. Das sei kontraproduktiv. Von drei Pausen werde nur eine zum Verkauf genutzt. Sein Fazit: „Man hat das Gefühl, nur die Schule müsse sich bewegen, der Caterer nicht.“



Peer-Olaf Reich (Foto), Chef an der Bismarckschule, bezeichnete zumindest die Kommunikation als „aus-

kömmlich“. Er machte aber klar, dass das Gymnasium nicht auf den Caterer angewiesen sei und andere Lösungen finden könnte. Der Impuls des Caterers sei ein Lunchpaket gewesen, das drei bis zwölf Schüler am Tag genutzt hätten. Und Reich machte klar, dass sich im Zuge vom G9 Essgewohnheiten ändern werden. „Es gibt weniger lange Tage. Ein gemeinsames Mittagessen für die fünften und sechsten Klassen wäre nur noch „künstlich aufrechterhalten und nicht mehr funktional“.



brh

KGSEler setzen ein Zeichen

shz - 02.10.2020

ELMSHORN Heute ist offizieller „Tag des Flüchtlings“. Deshalb haben sich die Schülerinnen und Schüler der Elmshorner Erich-Kästner-Gemeinschaftsschule (KGSE), Hainholzer Damm 15, dazu entschlossen ein Zeichen zu setzen und auf die Situation auf den griechischen Inseln aufmerksam zu machen. Auf Lesbos hatte Anfang September ein Brand das Flüchtlingslager Moria fast vollständig zerstört. Viele der Geflüchteten haben bis heute keine neue Unterkunft. An der KGSE lautet das Motto heute „Farbe bekennen“. Gegen 9.50 Uhr – zu Beginn der 3. Stunde – lassen Schülerinnen und Schüler orange Stoffe aus den Fenstern hängen, Luftballons aus umweltfreundlichem Naturkautschuk steigen und tragen auch selbst Orange. Warum Orange? „Diese Farbe steht dafür niemanden zurück zu lassen. #LeaveNoOneBehind“, heißt es auf einem Flyer der Schule, der zum Mitmachen aufruft: „Wenn ihr zeigen wollt, dass ihr für Menschenwürde und gegen die derzeitige Situation der Menschen in den Flüchtlingslagern seid, dann bekennet Farbe!“ *ddi*

11,6 Millionen Euro für Schulen

Pinneberger Verwaltung hat der Politik den ersten Haushaltsentwurf 2021 vorgelegt / Weitere Beratungen nach den Herbstferien

Von René Erdbrügger

PINNEBERG In diesem Jahr ist alles etwas anders. Das gilt auch für den Haushaltsentwurf 2021. „Die Basis ist ein modulares Verfahren“, sagt Bürgermeisterin Urte Steinberg (parteilos). Aktuell liegen der Politik die Listen für das Konsolidierungsverfahren als auch für die Investitionen, aufgeteilt nach Priorisierung, vor. Für jeden Fachausschuss gut übersichtlich zugeschnitten. Basis für den Etat 2021 ist der Nachtragshaushalt 2020.

Der Ergebnishaushalt, der die Summe der veranschlagten Erträge der Summe der veranschlagten Aufwendungen gegenüberstellt, liegt noch nicht vor. Diese Bilanz zeigt auf, ob es ein Defizit gibt. Die Kämmerei arbeite noch daran, wie Steinberg mitteilte.

Steinberg, Kämmerin Sabine Kielau und ihr Mitarbeiter Stefan Hellmich stellten den Entwurf im Rathaus unserer Zeitung vor. Zunächst dankte Steinberg ihren Mitarbeitern für ihren Arbeitseinsatz. „Wer den Haushalt aufstellt, muss sein Privates drum herum aufstellen“, sagte Kielau. Zwischendurch gab es immer wieder interfraktionelle Arbeitsgespräche über den Haushalt. Der Schwerpunkt des Gesprächs im Rathaus lag auf den Investitionen. Das nicht ohne Grund: Die Prio-



Bürgermeisterin Urte Steinberg (Mitte, parteilos) sowie Kämmerin Sabine Kielau und ihr Mitarbeiter Stefan Hellmich stellten den Haushaltsentwurf 2021 im Rathaus vor. FOTO: RENÉ ERDBRÜGGER

rität 1 umfasst ein Gesamtinvestitionsvolumen von etwa 13 Millionen Euro. Das ist zwingend erforderlich und muss zeitnah umgesetzt werden“, so die Bürgermeisterin. Die Priorität 2 – darin enthalten ist dann auch die Priorität 1, das heißt, die Prioritäten staffeln sich hoch – umfasst ein Gesamtinvestitionsvolumen von insgesamt 14,7 Millionen Euro und sei auch zwingend erforderlich, kann jedoch noch geschoben werden. Die Priorität 3 umfasst derzeit nur Maßnahmen, die „nice to have“ sind, es sind Investitionen, die noch nicht mit Werten erfasst sind.

11,6 Millionen Euro fließen allein in die Schulen. „Ziel ist es, eine Erfüllungsquote von 60 Prozent zu erreichen“, erläuterte Stein-

berg. 5,1 Millionen Euro werden im Haushalt 2021 für den Ersatzbau an der Grundschule Thesdorf bereitgestellt. Für die Erweiterung und den

„Ziel ist es, eine Erfüllungsquote von 60 Prozent zu erreichen.“

Urte Steinberg
Bürgermeisterin

Bau der Mensa an der Grundschule Rübekamp sollen 890 000 Euro bereitstehen. Fast 6 Millionen Euro will die Stadt für die Überplanung und den Neubau an der Grund- und Gemeinschaftsschule investieren. Die Planungskosten für den Anbau an der Hans-Claussen-Schule schlagen mit 170 000 Euro

zu Buche. Die Kosten für die Restabwicklung des Erweiterungsbaus an der Johann-Comenius-Schule betragen 250 000 Euro. 450 000 Euro werden im Haushalt bereitgestellt für den Brandschutz an der Johannes-Brahms-Schule. Corona hat gezeigt, wie wichtig die Arbeit am PC für Schüler und Lehrer ist – für eine bessere WLAN-Ausstattung an den Schulen werden 1,8 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Der Bahnhofsumbau ist noch nicht abgeschlossen. In die Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes Süd fließen 2,4 Millionen Euro, in das geplante Fahrradparkhaus 400 000 Euro.

Nicht zu vergessen die Feuerwehr: Für einen Einsatzleitwagen sollen 200 000

Euro in den Haushalt 2021 gestellt werden.

Damit die Gewerbesteuern steigen, müssen Gewerbegebiete erschlossen werden. Deswegen stehen im Haushalt 2,4 Millionen Euro für die Erschließung der Müßentwiete.

Geld soll auch durch den Verkauf von drei städtischen Flächen in das Stadtsäckel fließen: Dazu gehört das ehemalige Grundstück der Schützen am Hogenkamp, der Verein hatte sich aufgelöst, das letzte freie Grundstück in der Parkstadt Egerstedt sowie das Gelände, auf dem das leer stehende Gebäude des Deutschen Roten Kreuz (DRK) am Rehmen steht. Steinberg rechnet mit Einnahmen von 6 Millionen Euro plus.

Die Aufgabe der Politik ist es nun, sich die Prioritäten anzuschauen und zu entscheiden, was bleibt in welchen Prioritäten. Nach Beschlussfassung wird das Investitionsvolumen bis Priorität 1 in den investiven Finanzhaushalt übernommen.

Konsolidierung – auch das ist ein Thema, über das die Politik nach den Herbstferien sprechen wird. Alles steht auf dem Prüfstand. Von der Erhöhung der Parkgebühren und der Hundesteuer bis zur Wiedereinführung der Straßenausbaubeiträge. Ob es dazu kommt, darüber entscheidet auch die Politik.

VON ANNE HOLBACH

KIEL. Wenn morgen die Herbstferien beginnen, ist die erste Etappe des Schuljahrs unter Corona-Bedingungen geschafft. Doch die kritischen Herbst- und Wintermonate stehen noch bevor. Schleswig-Holsteins Bildungsministerin Karin Prien (CDU) sagte am Mittwoch, dass in Klassen alle 20 Minuten und nach jeder Stunde stoßgelüftet werden soll. Darauf haben sich die Kultusminister geeinigt. Vor zwei Wochen hatte das Ministerium bereits ein Infoblatt zum Thema herausgegeben, das als Optimum zweimal Lüften innerhalb von 45 Minuten vorgab. An Schulen fragen sich viele, wie das in der kalten Jahreszeit wohl funktionieren soll.

Das Luft-Problem

„In viel zu vollen Klassenzimmern hält man sich momentan noch mit Dauerlüften über Wasser“, sagt Jens Finger vom Philologenverband. Für die nächsten Monate werde es nicht ausreichen, wie bisher eine intensive Stoßlüftung der Klassenräume durchzuführen. „Wenn es jetzt kühler wird, sind Erkältungskrankheiten programmiert“, glaubt auch Astrid Henke, Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. „Viele Kollegen sind darüber verärgert, dass ihnen keine Perspektive für die kalte Jahreszeit aufgezeigt wird“, so Finger. Herbst und Winter kämen schließlich nicht überraschend.

Dafür, dass die Kieler Ratsversammlung sich gerade aufgrund der Luftsituation darauf geeinigt hat, in den Wintermonaten in größere Räume umzuziehen, fehle den Lehrern das Verständnis. Susanne Güven schrieb in einem Leserbrief, dass Lehrer diese Möglichkeiten auch gerne hätten. „Während die Ratsversammlung in einem großen Saal mit Lüftung tagt, in dem genügend Abstand zwischen den Ratsdamen und -herren besteht, sitzen die Kinder und Jugendlichen jeden Tag dicht an dicht in engen Klassenräumen mit weit aufgerissenen Fenstern und Türen, weil es keine Lüftungen gibt. Langsam wird es kalt und es zieht.“ Leserin Maike Fock berichtet, in der Schule ihrer Tochter sei vorgeschlagen worden, dass die Kinder eine Decke mitbringen. Von Elternabenden ist zudem zu hören, dass Mädchen empfohlen wird, statt bauchfreier Tops doch mal Wollpullis zu tragen.

„Zu sagen, dann ziehen wir uns eben alle dicker an, dann geht das schon, das ist doch absurd“, findet Christian Schmarbeck vom Verband Bildung und Erziehung (VBE). „Unterricht



Das Ministerium empfiehlt Querlüften: Nicht nur die Fenster sollen ganz geöffnet werden, sondern gleichzeitig, so weit möglich, auch die Tür.

FOTOS: ARNE DEDERT/UWE PAESLER

im Skianzug? Dann hätte ich gerne die entsprechende Ausstattung vom Dienstherm“, spottet er. Selbst mit Jacke, Mütze und Schal beginne man nach mehreren Stunden zu frieren, wenn man in der Kälte sitze. „Wie sollen sich Kinder da aufs Lernen konzentrieren?“ Wenn es im Herbst stürmisch werde, fliege zudem bei offenen Fenstern alles durch die Klasse. Es sei schon lange bekannt, dass viele Schulräume nicht mehr modernen Anforderungen entsprechen.

„Für die nicht gemachten Hausaufgaben der politischen

Entscheidungssträger auf kommunaler sowie Landes- und Bundesebene sollen Schüler und Lehrer nun Decken und warme Anziehsachen in die Schulen mitbringen?“, springt ihm Finger bei. Das mache Lehrer fassungslos. „Es ist schon erstaunlich, wie wenig fürsorglich die Botschaft für alle an der Schule Beteiligten hier ist.“ Einig sind sich die Lehrervertreter darin, dass die Debatte um Lüftungskonzepte viel zu spät kommt. Es müsse aber für ausreichend gute Luftqualität, angemessene Raumtemperatur und Luftfeuchtigkeit in allen

Klassenräumen und Lehrerzimmern gesorgt werden. „Es geht kein Weg daran vorbei, die Anschaffung von Lüftungsgeräten und die Einrichtung kleinerer Lerngruppen, in denen Abstand gehalten werden kann, einzuplanen. Die Planungen dafür müssen jetzt unbedingt angepackt werden“, sagt Henke.

Gutes Wetter, geöffnete Fenster, Unterricht draußen, disziplinierte Kinder und Jugendliche und bisher ein niedriges Infektionsgeschehen seien die Gründe für die bislang niedrigen Fallzahlen unter

Lehrern, glaubt Henke. „Aber die Lage ist äußerst fragil.“ Auch VBE und Philologen befürchten, dass sich die Situation schnell ändern kann.

Das Kohorten-Prinzip

Laut Bildungsministerium waren seit Schuljahresbeginn rund 80 Schulstandorte von 951 im Land von coronabedingten Einschränkungen betroffen. Der Präsenzunterricht finde weitestgehend regulär statt, so Prien. „Nur vereinzelt mussten Kohorten tageweise zu Hause bleiben, bis Testergebnisse vorlagen. Die vergangenen Wochen haben gezeigt, dass unsere Schulen gut vorbereitet waren und nahezu alle in der Schule sich an die Regeln halten.“

Knapp 120 Kohorten waren demnach betroffen. Nur in zwei Fällen mussten Schulen vollständig geschlossen werden, das sei direkt nach den Ferien in Nordfriesland der Fall gewesen und vergangene Woche in der Altstadtsschule in Rendsburg. Erkrankt waren vor allem Schüler, lediglich bei einer Handvoll Lehrer wurde das Virus nachgewiesen. „Die Schulen im Land sind bisher nicht als Ursache für die Verbreitung des Virus in Erscheinung getreten“, so Prien – und das solle auch so bleiben. Entscheidend sei, dass alle weiter diszipliniert die Hygieneregeln beachten.

Müssen sich die Schüler bald warm anziehen?

Die Lehrervertreter sagen: Alle 20 Minuten die Klassenzimmer zu lüften, kann keine Lösung für die kalte Jahreszeit sein. Doch das ist nicht die einzige Herausforderung im neuen Corona-Schulalltag.



„Es wäre für mich in Ordnung, mit Winterjacke im Unterricht zu sitzen. Ich fände eine Maskenpflicht nicht schlimm.“

Marie Wilke (18), 12. Jahrgang, Humboldt-Schule Kiel



„Wenn sich bei offenen Fenstern alle erkälten, können wir auch nicht mehr zur Schule. Aber mir fällt keine Alternative ein.“

Noa Rumohr (18), 12. Jahrgang, Humboldt-Schule Kiel



„Ich habe Asthma. Ich sitze lieber mit dicker Jacke in der Klasse, als mich mit Corona anzustecken.“

Kim Lucie Baginski (18), 12. Jahrgang, Humboldt-Schule Kiel

Händewaschen, Maskentragen, Laufwege – beim ständigen Ermahnen kommt mancher Lehrer sich vor wie ein Polizist. „Wir achten permanent nur darauf, ob jemand etwas falsch macht“, beschreibt Schmarbeck den Alltag. „Der Regelbetrieb läuft wegen des hohen Engagements aller Beteiligten einigermaßen“, sagt Henke. Durch die Corona-Maßnahmen bestehe eine hohe Zusatz-Belastung für Lehrer.

Die Masken-Debatte

Vor allem aber reißt die Debatte über Masken nicht ab. Die Auseinandersetzungen fressen laut Henke viel Kraft. Für die ersten zwei Wochen nach den Ferien hat Ministerin Prien nun Maskenpflicht im Unterricht angeordnet. Auf Elternabenden wird diskutiert, ob Kinder nicht wenigstens in den vorderen Reihen immer eine Maske aufsetzen können, weil sie nicht weit genug weg vom Lehrerpult sitzen, um genug Abstand zu halten.

An einigen Schulen sind Facheshields für Lehrer noch nicht angekommen. Wo es sie schon gibt, berichten Lehrkräfte, dass sie schon beim Zusammenbau kaputt gehen oder zu klein sind. „Die Qualität der Schilde lässt in der Tat zu wünschen übrig“, bestätigt Jens Finger vom Philologenverband.

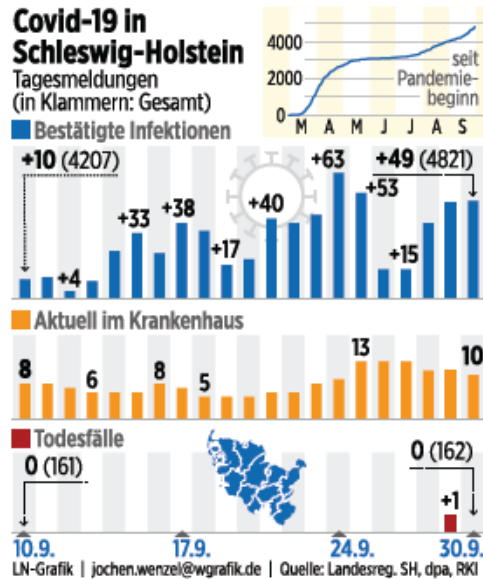
Schulen sollen alle 20 Minuten lüften

Bund und Länder empfehlen, regelmäßig zu lüften, das beuge Corona vor – Doch in der kalten Jahreszeit steigt auch das Erkältungsrisiko – Infektionsforscher rät von mobilen Luftfiltern ab

Von Hannes Lintschnig
und Marcus Stöcklin

Lübeck. Nachdem Bund und Länder die neusten Corona-Regeln bekannt gegeben haben, ist klar: Regelmäßiges Lüften muss sein. Das gilt für Schulen und Büros. Weil viele Fenster sich aber gar nicht öffnen lassen, unterstützt ein 500-Millionen-Euro-Förderprogramm in diesem und im nächsten Jahr die Umrüstung von Belüftungsanlagen in öffentlichen Gebäuden – unter anderem in Schulen. Auch regelmäßige Kohlendioxid-Messungen werden empfohlen.

In den Schulen seien die Hygieneregeln „diszipliniert“ zu beachten, betont Kiels Bildungsministerin Karin Prien (CDU). „Dafür gilt, dass wir die ‚AHA‘-Regel, also Abstand, Hygiene, Alltagsmaske, um das ‚L‘ erweitern. L wie Lüften.“ Schon vor zwei Wochen hatte das Bildungsministerium entsprechende Hinweise zum regelmäßigen Stoßlüften an die Schulen gegeben. Nun habe man in der Kultusministerkonferenz zusammen ein von Gesundheitsexperten entwickeltes Lüftungskonzept beschlossen, dass regelmäßiges Stoßlüften alle 20 Minuten und nach jeder Schulstunde vorsieht.



Auch Bernd Schauer, Geschäftsführer der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Schleswig-Holstein, meint: „Wir müssen uns wohl so behelfen und uns im Zweifel wärmer anziehen.“ Alternativen zum Lüften gebe es wohl nicht. Gleichzeitig aber kritisiert Schauer: „Viele Schulräume lassen sich gar nicht ausreichend lüften.“ Über Jahre sei versäumt worden, Schulräume mit entsprechenden Lüftungsanlagen auszustatten.

„Da, wo man nicht gut durchlüften kann, muss man den Einsatz einer Luftreinigungsanlage in Er-

Dithmarschen testet Rumänen

Wesselburen im Kreis Dithmarschen hat die rund 500 rumänischen Mitbürger zu einem freiwilligen Corona-Test gebeten. In der Kleinstadt wurden ungewöhnlich viele Infektionen festgestellt, alle 28 Fälle betreffen die rumänische Gemeinschaft. Die Kreisverwaltung hat die Tests organisiert, um ein klares Bild zu gewinnen, wie viele Rumänen tatsächlich infiziert sind. In Wesselburen leben 3400 Menschen, darunter etwa 500 Rumänen. Viele von ihnen sind in der Landwirtschaft tätig. **Seite 6**

wägung ziehen“, sagte Astrid Henke, Vorsitzende des Landeselternbeirats, den LN. „Wir fordern, dass von den Schul- und Kitaträgern in Form einer Raumbegehung überprüft wird, ob ausreichendes Lüften mit Hilfe von Fenstern und Türen in den Klassenräumen überhaupt möglich ist oder ob sich der Einsatz technischer Hilfsmittel wie einer Luftreinigungsanlage empfiehlt.“

Von derlei mobilen Anlagen, die Aerosole aus der Luft filtern sollen, hält der Kieler Infektionsforscher Prof. Dr. Helmut Fickenscher indes nicht viel. „Ich kenne bisher keine, die zuverlässig funktioniert.“ Lüften dagegen sei hilfreich. „Aus meiner Schulzeit weiß ich noch, dass besonders der Lateinlehrer immer sehr darauf geachtet hat, dass nach 20 Minuten die Fenster aufgerissen wurden. Im Winter haben wir dabei ganz furchtbar gefroren.“

Fakt sei, dass durch Lüften im Winter die Gefahr der Unterkühlung bestehe. Es werde Erkältungskrankheiten wie Schnupfen geben. Diese träten schon jetzt in vielen Kitas und Schulen auf. Auch wenn es schwierig sei zu unterscheiden, ob es sich „nur“ um eine Erkältung oder um Corona handele: „Damit muss man leben.“

Auch Gaststätten und Geschäfte sind aufgefordert, für möglichst viel Frischluft zu sorgen. Gerade in diesen Lokalen ist das Lüften aber oft schwierig. „Viele Geschäfte haben keine Fenster zum Lüften und dafür eine größere Lüftungsanlage“, sagt Mareike Petersen, Geschäftsführerin des Handelsverbandes (HV) Nord. „Es fragt sich, ob die nicht ausreicht.“

In Büros stellen sich dieselben Fragen. Viele Firmenmitarbeiter achten selbst auf regelmäßiges Lüften, oft geben auch die Arbeitgeber die Regeln vor. So bei den Drägerwerken in Lübeck. „Geschlossene Räume sollten mehrmals täglich für einige Minuten gelüftet werden“, führt Pressesprecherin Caroline Sophie Schröder aus. „Vor Beginn eines Meetings etwa soll der Raum mindestens 30 Minuten lang durchgelüftet werden. Außerdem monitoren wir die Luftqualität in ausgewählten Räumen mit einer Kohlendioxid-Messung.“

Beim Finanzberater Dr. Klein in Lübeck obliege das Lüften den Mitarbeitern, die aufgrund großzügiger Homeoffice-Regeln meist allein oder mit großem Abstand in ihren Büros säßen, informiert Pressesprecherin Susanne Kerstan.

Corona-Großtest in Wesselburen

Rumänische Bürger sowie Schüler und Lehrer werden gezielt untersucht

Wesselburen. In der vom Coronavirus stark betroffenen Kleinstadt Wesselburen im Kreis Dithmarschen sind gestern gezielt rumänische Einwohner sowie Schüler und Lehrer der örtlichen Grundschule getestet worden. Bereits am Morgen kamen rund 50 Rumänen zu den ganztägig laufenden freiwilligen Tests auf dem Praxisgelände eines Ärzte-Ehepaares, teilte ein Sprecher der Kreisverwaltung mit. Die Kreisverwaltung hat die Tests organisiert, um ein klares Bild zu gewinnen, wie viele Rumänen tatsächlich mit Corona infiziert sind und wie viele Schulkinder.

In Wesselburen leben 3400 Menschen, darunter etwa 500 Rumänen. Viele von ihnen sind in der Land-



Viele der Rumänen leben als Großfamilien in sehr beengten Verhältnissen.

Heinz-Werner Bruhs
Bürgermeister

wirtschaft tätig. Alle aktuellen 28 Corona-Fälle betreffen die rumänische Gemeinschaft.

Viele der Rumänen lebten als Großfamilien in sehr beengten Verhältnissen, sagte Bürgermeister Heinz-Werner Bruhs (CDU). Um möglichst viele für die Tests zu erreichen, gingen zwei Helfer der Kreisverwaltung durch Straßenzüge und sprachen gezielt Menschen an. Dafür hatte ein Helfer extra einige Sätze Rumänisch gelernt.

Auf dem Grundstück der Arztpraxis waren zwei Zelte aufgebaut. In einem fanden die Registrierungen statt. Das zweite Zelt war direkt



Arzt Roman Gorfunkel führt bei einem freiwilligen Corona-Test einen Abstrich durch.

FOTO: MARKUS SCHOLZ/DPA

ans Haus angebaut. Durch ein geöffnetes Fenster wurden an den draußen stehenden Personen die Testproben genommen. Es habe bei schönem Wetter eine ruhige Atmosphäre geherrscht, sagte der Kreisprecher. Die Testzeiten wurden bis 19 Uhr ausgeweitet, damit auch Rumänen nach der Arbeit sich noch testen lassen konnten.

Parallel zu diesen Tests fanden in der Grundschule von Wesselburen ebenfalls Corona-Tests bei Schülern und Lehrkräften statt. Anlass war ein Corona-Fall einer Viertklässlerin. Etwa 55 Schüler sowie Lehrer konnten sich testen lassen.

An der Grundschule herrscht ein Betretungsverbot bis zu den Herbstferien ab dem Wochenende, ebenso für die Gemeinschaftsschule, weil es an dieser Kontaktpersonen gab. Statt Präsenzunterricht werde bis

zum Ferienbeginn digitaler Fernunterricht erteilt, sagte der Kreisprecher.

Wesselburen, etwa 25 Kilometer südöstlich von St. Peter-Ording gelegen, hatte zuletzt mit stark gestiegenen Corona-Zahlen zu kämpfen. Die Behörden reagierten mit Einschränkungen. So sind unter anderem Sportplatz, Spielplätze und die Bücherei bis zum 11. Oktober geschlossen und die Kita der Kirchengemeinde bis zum 9. Oktober.

Im gesamten Kreis Dithmarschen lag die 7-Tage-Inzidenz laut Robert Koch-Institut Stand gestern um 0 Uhr bei 16,5 Fällen berechnet auf 100 000 Menschen. Ab einem Wert von 30 müssen Gespräche mit dem Gesundheitsministerium in Kiel geführt werden, ab 50 Fällen drohen konkrete Corona-Verschärfungen.

In ganz Schleswig-Holstein wur-

den innerhalb eines Tages 49 neue Corona-Infektionen festgestellt. Die Zahl der nachgewiesenen Fälle seit Beginn der Pandemie im Norden erhöhte sich damit bis Mittwochabend auf 4821, wie aus den von der Landesregierung im Internet veröffentlichten Zahlen hervorgeht. Am Dienstag waren 48 Neuinfektionen gezählt worden. Die Zahl der Menschen, die im Zusammenhang mit dem Virus Sars-CoV-2 in Schleswig-Holstein gestorben sind, blieb bei 162.

In Krankenhäusern wurden am Mittwoch zehn Corona-Patienten behandelt, einer weniger als am Vortag. Von allen seit Beginn der Pandemie in Schleswig-Holstein nachweislich mit Sars-CoV-2 infizierten gelten nach Schätzung des Robert Koch-Instituts rund 4200 als genesen.

GEW und Elternbeirat für Maskenpflicht im Unterricht

Eltern- und Lehrervertreter unterstützen die vom Land angekündigte 14-tägige Maskenpflicht nach den Herbstferien



Nach den Herbstferien müssen Schüler auch im Unterricht eine Maske tragen.
FOTO: GUIDO KIRCHNER/DPA

Kiel. Die zweiwöchige Maskenpflicht nach den Herbstferien im Schulunterricht in Schleswig-Holstein stößt bei Lehrer- und Elternvertretern auf Zustimmung. „Es ist eine Maßnahme die durchaus dazu beitragen kann, das Infektionsgeschehen im Rahmen zu halten“, sagte der Landesgeschäftsführer der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Bernd Schauer. Auch die Vorsitzende des Landeselternbeirates Gymnasien Schleswig-Holstein, Claudia Pick, sieht dadurch ein Stück mehr Sicherheit.

Beide betonten, es habe sich nach den Sommerferien gezeigt, dass mit den Urlaubsrückkehrern das Corona-Verbreitungspotenzial steige. „Daher ist die Maskenpflicht

nach den Herbstferien richtig“, sagte Schauer.

Pick erinnerte daran, dass nach den Sommerferien vom Bildungsministerium lediglich die „dringende Empfehlung“ ausgesprochen worden sei, im Unterricht Masken zu tragen. Dies habe in Schulen teils heftige Diskussionen ausgelöst. Das falle jetzt mit der Vorgabe des Maskentragens weg. Die Begrenzung auf 14 Tage reiche aus, um nach den Ferien klarer einschätzen zu können, welches Infektionspotenzial mitgebracht worden sei.

Schauer betonte, es sei aber zweifelhaft, ob die Maskenpflicht allein ausreiche. Notwendig sei auch eine bessere Ausstattung der Schulen fürs Lüften. Und es sollten kleinere Unterrichtsgruppen

eingerrichtet werden, sofern das Infektionsgeschehen zunehme.

„Masken sind natürlich eine Belästigung für alle, die sie tragen“, sagte Schauer. „Aber momentan sehe ich keine Alternative.“ Pick räumte ein, dass nach den Sommerferien ein Teil der Eltern eine Maskenpflicht im Unterricht als überzogen abgelehnt habe. Sehr viele Eltern hätten die dringende Empfehlung auch begrüßt als Corona-Prävention.

Nach den Herbstferien müssen Schüler in Schleswig-Holstein ab der fünften Klasse zwei Wochen lang auch im Unterricht Masken tragen. So will Bil-

dungsministerin Karin Prien (CDU) das Risiko einer Ausbreitung des neuartigen Coronavirus an den Schulen durch Reiserückkehrer eindämmen. „Das ist ein vertretbarer Weg aus Fürsorge für die Lehrkräfte und die Schülerinnen und Schüler“, hatte Prien am Mittwoch bei der Ankündigung der Maßnahme gesagt.

Die zweiwöchigen Herbstferien in Schleswig-Holstein beginnen am Wochenende.

Volle Schulbusse: Streit um starren Schulbeginn in Lübeck

Stadtverkehr fordert flexiblere Schulanfangszeiten -
Ministerium: Schulen und Schulträger können das regeln

Von Hannes Lintschnig

Lübeck. Die Situation für Schüler ist unbefriedigend, da sind sich alle einig: Eltern haben Angst, dass sich ihre Kinder in zu vollen Bussen auf dem Weg zur Schule mit Corona anstecken. Der Lübecker Stadtverkehr fordert flexiblere Schulanfangszeiten, genauso wie der Omnibusverband Nord, damit nicht so viele Schüler gleichzeitig Bus fahren müssen – die Hansestadt und auch das Bildungsministerium schieben in dieser Frage die Verantwortung zu den Schulen.

Die Hansestadt Lübeck zeigt Verständnis für die Sorgen der Eltern. „Nach Eindruck des Gesundheitsamtes besteht ein Bedarf, mehr Busse für den Transport von Schülern einzusetzen. In Bussen können die geltenden AHA-Regeln nicht zuverlässig eingehalten werden“, sagt Stadtsprecherin Nicole Dorel. „Die Ängste und Sorgen der Eltern können wir nachvollziehen.“

Mehr Busse einzusetzen sei aber nach Angaben des Stadtverkehrs nicht möglich. Die SPD hatte dies jüngst auch im Landtag gefordert – doch die Landesregierung hat den Vorschlag abgeschmettert: zu teuer. Einen flexibleren Schulanfang fordern auch Politiker der Hansestadt. „Die Schulen sollten ihren Schulbeginn noch weiter entzerren, damit die Busse in der Hauptverkehrszeit



Die Sorgen der Eltern
können wir
nachvollziehen.

Nicole Dorel
Stadtsprecherin

weniger nachgefragt werden“, sagt etwa Ulrich Pluschke, verkehrspolitischer Sprecher der SPD. Auch die Grünen meinen, dass „gerade die Entzerrung durch flexible Schulanfangszeiten Möglichkeiten“ biete, die Situation signifikant zu verbessern.

Die Hansestadt Lübeck weist die Verantwortung für die Entscheidung für flexiblere Schulanfangszeiten von sich. „Die Organisation von flexibleren Schulanfangszeiten obliegt den Schulen und dem Bildungsministerium des Landes Schleswig-Holstein. Das Schulweg-sicherungskonzept liegt nicht in der Verantwortlichkeit der Hansestadt Lübeck“, sagt Dorel, und: „Das Gesundheitsamt hat bereits früher angemerkt, dass ein gutes Hygienekonzept auch ausreichende Kapazitäten für die An- und Abreise von

Schülern vorsieht. Hier scheint Nachbesserungsbedarf durch das Land Schleswig-Holstein zu bestehen, das für den Schulbetrieb verantwortlich zeichnet.“

Das Bildungsministerium reagiert ähnlich. „Schulanfangszeiten können die Schulen in Abstimmung mit dem Schulträger selbst festlegen, um in bestimmten Situationen auf örtliche Begebenheiten zu reagieren“, sagt Ministeriumssprecher David Ermes. „Das wird nicht zentral durch das Bildungsministerium festgelegt.“ Grundsätzlich habe man die Situation der Schulbusse natürlich im Blick. „In Flensburg zum Beispiel wird gerade geprüft, ob man mehr Busse aus dem Umland einsetzen kann und die weiterführenden Schulen ihre Anfangszeiten weiter staffeln.“ Besonders in Grundschulen seien feste Anfangszeiten und Planbarkeit für Eltern jedoch besonders wichtig.

In Lübeck gibt es solche Planungen offenbar nicht – die Unsicherheit der Eltern bleibt. „Die Situation ist für Eltern maximal schwierig“, sagt André Kleyer von den Grünen. „Schulkinder in eine derzeit tendenziell gefährliche Situation zu bringen, stellt Eltern vor eine enorme Herausforderung und die Aufgabe der Stadt muss es sein, mit besten Kräften für die Schulkindbeförderung noch mehr Sicherheit zu generieren.“